

Genossenschaftssoziologie

Ein verdrängter Ansatz wirtschaftssoziologischer Forschung

Von
ROBERT HETTLAGE

Manches deutet darauf hin, daß wir an einer kultursoziologisch bedeutsamen Wende zur Herausbildung neuer Bewußtseinsstrukturen stehen. Die Rationalität industrieller Lebensweise unterliegt seit Jahren der Dauerkritik¹. Marcuses Aufruf zur „großen Weigerung“² ist zwar verhallt, aber als Sediment von Erleben und Erfahrung wirksamer geblieben, als wir uns gemeinhin zugestehen. Aus ihm speist sich ansatzweise ein neues Ethos der Lebensführung: die „Verpflichtung, die Partizipationsgrenzen auszuweiten, die Kommunikationswege zu vervielfältigen und die Kommunikationsfähigkeit bei denen zu entwickeln, die aufgrund ... aufgezweigener Einschränkungen bislang noch nicht wirklich in den Dialog eingetreten“ sind³.

Die Forderungen nach Umbau des Bestehenden sowie die Experimente mit alternativen Lebensformen setzen dabei durchweg auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Darin scheint sich anzudeuten, was Eisermann schon vor einem Vierteljahrhundert als die moderne Tendenz zur „Vergenossenschaftlichung“ des gesellschaftlichen Lebens bezeichnet hatte⁴. Allerdings – und erstaunlich genug – blieb die Unternehmensform der Genossenschaft mit ihrem Demokratisierungsanspruch bisher überwiegend aus der Diskussion um die sozio-ökonomische Neuordnung ausgeblendet, ohne zu sehen, daß man sich damit eines wertvollen Erfahrungsschatzes, eines wichtigen Korrektivs und eines fruchtbaren Forschungsansatzes begeben hat.

¹ Schelsky, H.: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Opladen 1975, S. 81 ff.

² Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied/Berlin 1970, S. 83 f. und S. 266 ff.

³ Nelson, B.: Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt 1977, S. 39.

⁴ Eisermann, G.: Wandlungstendenzen der modernen Gesellschaft. In: ders.: Wirtschaft und Kultursystem, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1955, S. 100 ff.

I. Soziologie, Wirtschaftssoziologie, Genossenschaftssoziologie

Soziologisches Fragen richtet sich auf die Voraussetzungen und Folgen sozialen Handelns des Menschen, auf dessen Prägung durch soziale Prozesse und auf die Wechselbeziehungen der „verschiedenen Handlungsfelder von Menschen, Gruppen und Institutionen im Gesellschaftsleben“⁵.

Eines der bedeutsamen Handlungsfelder ist das arbeitsteilige Wirtschaftsleben mit seinen Produktions- und Verteilungsproblemen. Da sich dieses nicht außerhalb anderer gesellschaftlicher Realitäten vollzieht, bietet es sich an, die jeweiligen Interdependenzen ideologischer, organisationaler und prozessualer Art zu erforschen. Damit befaßt sich die Wirtschaftssoziologie⁶.

Genossenschaften sind Wirtschaftsorganisationen. Wegen ihrer „Doppelnatur“ bzw. der Verknüpfung von ökonomischen und sozialen Zielsetzungen, kommt es gerade bei dieser Organisationsform darauf an, „die Art des Zusammenwirkens der Beteiligten und deshalb auch zwangsläufig deren ‚geistige Haltung‘ klarzustellen“⁷.

Dennoch ist die Forschungssituation eine ganz andere: Merkwürdigerweise hat die Genossenschaft als sozio-ökonomisches Gebilde bisher kaum das Interesse der Sozialwissenschaftler gefunden. Zwar hat die Genossenschaftsforschung in den Wirtschaftswissenschaften und der Jurisprudenz ihren festen Platz, der eigentlich soziologische Aspekt – die Besonderheit der sozialen Beziehungen und Prozesse im gemeinsamen Geschäftsbetrieb – ist jedoch weitgehend vernachlässigt worden⁸. Die bisherigen Bemühungen zur Soziologie des Genossenschaftswesens (Weippert, Back, Infield, Fürstenberg, Matejko, Seraphim u. a.) sind über „ansatzweises Fragen“ kaum hinausgelangt⁹. Das Genossenschaftswesen war und ist weiterhin „Stiefkind soziologischer Forschung“¹⁰ und noch heute gilt Seraphims Feststellung unverändert, daß eine „Soziologie der modernen Genossenschaft ... erst geschrieben werden“ müsse¹¹.

II. Herrschafts- versus Genossenschaftssoziologie

Fragt man nach den Gründen, warum die Soziologie ihr Forschungsinteresse nicht auf das Phänomen der genossenschaftlichen Kooperation gerichtet hat, dann dürfte die Vermutung von Ogburn und Nimkoff zutreffen, die So-

⁵ Fürstenberg, F.: Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens. In: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Draheim-Festschrift), Göttingen 1965, S. 42.

⁶ Burghardt, A.: Allgemeine Wirtschaftssoziologie, Pullach 1974, S. 22 ff.; Fürstenberg, F.: Wirtschaftssoziologie, Berlin 1970, 2. A., S. 6.

⁷ Seraphim, H.-J.: Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956, S. 9.

⁸ Ebenda, S. 45.

⁹ Fürstenberg, F.: Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens, *op. cit.*, S. 42.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Seraphim, H.-J.: *op. cit.*, S. 46.

ziologen in unserer hochkompetitiven Gesellschaft seien so „competition-conscious“ geworden, daß sie sich ihre Forschungsgegenstände demgemäß ausgesucht hätten¹². Die Grundlagen dazu sind schon bei einer Reihe soziologischer Klassiker, allen voran Max Weber, gelegt.

1. Der herrschaftssoziologische Ansatz

Das Werk Max Webers kreist um das Grundthema Rationalität und Herrschaft. Er fragt nach den Entstehungsbedingungen des abendländischen Rationalismus und dessen Ausprägungen in der modernen Gesellschaft.

Er zeigt auf, daß der Zwang zur rationalen Lebensführung sich „absolut unentrinnbar“¹³ in einem spezifischen Herrschaftstypus, der anstaltsmäßigen Verwaltungsstruktur, niederschlägt. Dadurch entfallen persönliche Herrschaftsverhältnisse (etwa der traditionellen Arbeitsverfassungen), aber nicht zugunsten von Herrschaftsfreiheit, sondern nur zugunsten einer anderen Art von Herrschaftsbeziehung, der unpersönlichen¹⁴:

Rationale Organisation hat Herrschaft nicht aufgehoben, sondern nur verschoben. Zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnisse sind es allemal, handle es sich nun um einen Verein, eine Sekte, eine Partei, einen Betrieb oder um den Staat. Überdies – so seine feste Überzeugung – sind die großen gesellschaftlichen Leistungen immer das Werk von Minderheiten oder gar Einzelner, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele die notwendige Gefolgschaft verschaffen. Mag formal und offiziell auch Majoritätsherrschaft bestehen, „in Wirklichkeit (ist) die Herrschaft stets eine Minoritätsherrschaft ... Eines oder einiger irgendwie im Wege der Auslese oder der Angepaßtheit an die Aufgaben der Leitung dazu befähigter Personen ...“¹⁵. Trotz satzungsgemäßer, legaler, rationaler Verwaltung von Parteien, Betrieben usw. hat doch jedes Leitungsgremium „Befehlsgewalt“; und obgleich jedes Organisationsmitglied nur der unpersönlichen (Rechts-) Ordnung zu gehorchen hat, steht doch der Gehorsam im Vordergrund¹⁶.

Deshalb hat Weber sich auch für die heutigen Fragen der Wirtschaftsdemokratie nicht nur nicht sonderlich interessiert, er hat die Bestrebungen der Herrschaftsminimierung, Machtverteilung, Machtkontrolle und „Demokratisierung“ sogar mit Spott bedacht¹⁷. Denn sie widersprachen seiner anthropologischen Prämisse eines basalen menschlichen Machtwillens, der das zwischenmenschli-

¹² Ogburn, W. F.; Nimkoff, M. F.: *A Handbook of Sociology*, Boston 1949, S. 345.

¹³ Weber, M.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen 1920, I. Bd., S. 1 ff.

¹⁴ Ebenda, III. Bd., S. 544.

¹⁵ Weber, M.: *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, Tübingen 1924, S. 444. Diese Äußerung stammt aus dem Jahr 1910. Im selben Jahr hatte R. Michels sein berühmtes „ehernes Gesetz der Oligarchie“ formuliert.

¹⁶ Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. I, Kap. 3, § 1 ff.

¹⁷ Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. II, 4. A., Tübingen 1956, S. 157 und Mommsen, W. J.: *Diskussionsbeitrag*, in: *Max Weber und die Soziologie heute*, Tübingen 1965, S. 138.

che Kampfmoment zur Grundform sozialer Beziehungen erhebt. Manifeste Grundsatz allen sozialen Verhaltens bleibt für ihn der „ewige Kampf der Menschen untereinander“¹⁸ um Machtsteigerung und -erhaltung. Nicht Solidarität und Kooperation, sondern einzig Konflikt, Konkurrenz und Unterwerfung sind die entscheidenden (und unausrottbaren) Basisprozesse gesellschaftlichen Lebens¹⁹. Und diese stehen im radikalsten Gegensatz zu jeder ‚Vergemeinschaftung‘. Solidarität und Kooperation sind daher für Weber auch nur ganz utilitaristische Kategorien, die sich jenseits aller integrierenden kulturellen Normen aus dem Streben nach Ehre und ökonomischem Vorteil ergeben²⁰. Nicht zuletzt Webers dominierendem Einfluß auf die moderne Soziologie dürfte es deswegen zuzuschreiben sein, daß das Denken in Herrschaftskategorien so überwertig wurde und den ursprünglich als soziologischen Kontrast-Terminus verstandenen Begriff der „Genossenschaft“ von der Bildfläche verdrängte. Kein Wunder auch, daß die gängigen Soziologie-Lehrbücher den Begriff Genossenschaft meist nicht einmal mehr erwähnen²¹. Und doch hat das Genossenschaftskonzept eine gesicherte Tradition in der Geschichte der Soziologie.

2. Ansätze zu einer Genossenschaftssoziologie

(1) Ähnlich wie später Gurvitch kam Vierkandt schon 1931 bei der Untersuchung der Funktionsstellung der Mitglieder von Sozialgebilden zu der Auffassung, daß sich alle tatsächlichen Gesellschaftsordnungen in typisch herrschaftliche und typisch genossenschaftliche Systeme der Machtverteilung unterscheiden lassen. Genossenschaftliche Gebilde sind solche, deren innere Struktur auf Machtdiffusion angelegt ist, während in herrschaftlichen Sozialstrukturen die Macht wesentlich ungleich verteilt ist und bleibt²². Mit Oppenheimer und Rüstow ist er sich einig, daß die („herrschaftliche“) Ungleichheit der Machtverteilung ein historisches Spätphänomen, das genossenschaftliche Struk-

¹⁸ Weber, Marianne: Max Weber – Ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 235.

¹⁹ Aus diesem Grund hält Baumgarten das Kampfelement bei Weber für das „Medium“, „in dem alle Verhaltensweisen und Bildungen, die eine moderne Gesellschaft tragen, eingefangen sind“. Baumgarten, E.: Max Weber. Werk und Person, Tübingen 1964, S. 556. Ebenso Ferber, Chr. von: Die Gewalt in der Politik. Auseinandersetzung mit Max Weber, Stuttgart 1970, S. 89 ff.

²⁰ Bendix, R.: Max Weber. Das Werk. Darstellung und Analyse, München 1964, S. 365. Damit „kritisierte er implizite Autoren wie Rousseau, De Maistre, Durkheim und Tönnies wegen ihrer Hochschätzung der Gemeinschaft und der sozialen Integration.“

²¹ Infield, H. F.: The Sociological Study of Co-operation. An Outline. Co-operative College Papers 3, Stanford Hall/Loughborough 1956, S. 9. Seine Feststellung, die sich auf die Zwischenkriegszeit bezieht, gilt noch mehr für die unmittelbare Gegenwart.

²² Vierkandt, A.: Die genossenschaftliche Gesellschaftsform der Naturvölker. In: ders. (Hrsg.): Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1959, 2. A., S. 191 ff.; vgl. auch Bernsdorf, W.: Genossenschaftliche Gesellschaftsform. In: ders. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 1, Frankfurt 1972, S. 289 ff. und Gurvitch, G.: Traité de Sociologie. Paris 1958, 1963, 3. A.

turierungsprinzip folglich das ursprüngliche ist²³. Sozio-genetisch primär ist das („genossenschaftliche“) „distanzschwache Verflochtensein“ der Gruppe unter einer „kollektiven Vitalintention“; es ist orientiert an der solidarischen Gruppenentscheidung²⁴. Daher müssen genossenschaftliche Sozialgebilde als „Verbände von Gleichen“, Gleichbeteiligten und Gleichberechtigten verstanden werden²⁵.

(2) Aus verfassungsrechtlicher Sicht konnte Gasser nachweisen, daß das genossenschaftliche Ordnungsprinzip nun kein archaisch-verschüttetes ist, sondern auch heute noch erkennbar und bestimmend den Staatsaufbau vieler Völker durchzieht. Die ganze Verfassungsgeschichte lebt vom Gegensatz zwischen Volksfreiheit und staatlicher Machtakkumulation, d. h. zwischen genossenschaftlichem „self-government“ und herrschaftlich-autoritärem Ordnungsdenken. Dort, wo die genossenschaftliche Staatsauffassung nicht Fuß fassen konnte, hat sich der Verwaltungszentralismus bis heute gehalten (z. B. Frankreich, Deutschland, Italien); dort, wo hingegen immer genossenschaftlich gedacht wurde, hat sich der Absolutismus nicht durchsetzen können und hat die Demokratie tiefere Wurzeln geschlagen (Schweiz, England, Skandinavien)²⁶. Gasser wird dabei von den Politikwissenschaftlern Gablentz und Hermens sekundiert, die dessen Ordnungsdualismus auf die Analyse von Regierungssystemen übertragen. Herrschaftlich sind diese dann, wenn sie auf Macht- und Durchsetzungsvorrang beruhen, genossenschaftlich dort, wo „die Zustimmung der Macht vorausgeht, sie begleitet und modifiziert“²⁷.

(3) Neuerdings beginnt sich die Auffassung durchzusetzen, daß es sich beim genossenschaftlich-demokratischen Entscheidungsfindungsprozeß sogar um ein unerläßliches Systemerfordernis moderner Gesellschaft handelt. Behrendt legt dar, daß diese ihre Komplexität nur noch bewältigen könne, wenn sie die Beratungs- und Entscheidungsbefugnisse möglichst weit „nach unten“ verlege. Gesellschaftliches Strukturparadigma im Weltmaßstab seien daher ein genossenschaftlich-föderativer Staatsaufbau, auf genossenschaftlichen Prinzipien aufbauende Sozialgebilde und die genossenschaftlichen Unternehmen selbst. Nur durch ausgedehnte Partizipationschancen in allen Lebensbereichen und dezentralisierte

²³ Oppenheimer, F.: Machtverhältnis. In: Vierkandt, A. (Hrsg.): Handwörterbuch der Soziologie, op.cit., S. 338 ff.; Rüstow, A.: Ortsbestimmung der Gegenwart. Bd. I: Ursprung der Herrschaft, Zürich 1950, S. 109 ff.

²⁴ Zwißgmeier, F.: Kultur. In: Ziegenfuss, W. (Hrsg.): Handbuch der Soziologie, Bd. II, Stuttgart 1956, S. 1131.

²⁵ Oppenheimer, F.: op.cit., S. 340; ebenso: Vershofen, W.: Die sittlichen Grundlagen der Konsumgenossenschaft, o. O. 1949.

²⁶ Gasser, A.: Geschichte der Volksfreiheit und der Demokratie, Aarau 1949, 2. A.; ders.: Staatlicher Großraum und autonome Kleinräume. Gemeindeautonomie und Partizipation, Basel 1976; ders.: Zum Problem der autonomen Kleinräume. Zweierlei Staatsstrukturen in der freien Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31/77, S. 5 ff.

²⁷ Gablentz, O. v. d.: Einführung in die politische Wissenschaft, Opladen 1965; Hermens, F. A.: Verfassungslehre, Köln/Opladen 1968, S. 38 ff. (Hermens verwendet statt Genossenschaft den Terminus Führung).

Kontrolle ließen sich auch die Gefühle der Anonymisierung und Fremdsteuerung in Großgesellschaften abbauen²⁸.

Überlegungen dieser Art haben jüngst auch in die Wirtschaftstheorie Einzug gehalten, indem man nun daran geht, der „klassischen“ hierarchisch-herrschaftlich geordneten Produktionsorganisation („theory of the firm“) eine neue Theorie der genossenschaftlichen Selbstverwaltung der Betriebe gegenüberzustellen²⁹.

All die bisher angedeuteten Theorieansätze zeigen, daß die Vorstellungen von Demokratisierung ausgeprägt genossenschaftstypische Züge tragen und daß genossenschaftliche und partizipative Bemühungen streckenweise identisch sind. Denn zu beiden gehört die Konzentration auf Herrschaftsbeschränkung, Machtkontrolle und „power equalization“. Immer verstanden sich diese Theorieentwürfe auch als erste Schritte zu einer Neugestaltung der Gesellschaftsordnung.

Dennoch fällt auf, daß die Genossenschaftssoziologie selbst in sporadischen Anfängen stecken blieb und in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bisher auch kaum zur Geltung gelangte. Vor allem wurde nicht zur Kenntnis genommen, daß bei genossenschaftlichen Organisationsformen verschiedenster Prägung (u. a. bei genossenschaftlichen Unternehmen) im Verlauf oft jahrzehntelanger Lernprozesse Erfahrungen gesammelt wurden, die noch kaum systematisch ausgewertet sind. Das, was bekannt ist, zu berücksichtigen, würde allen Partizipationstheoretikern und -praktikern gut anstehen. Am Streit um die wirtschaftliche Mitbestimmung läßt sich die Relevanz genossenschaftssoziologischer Erfahrungen besonders gut demonstrieren.

III. Genossenschaftssoziologie und Partizipationsforschung

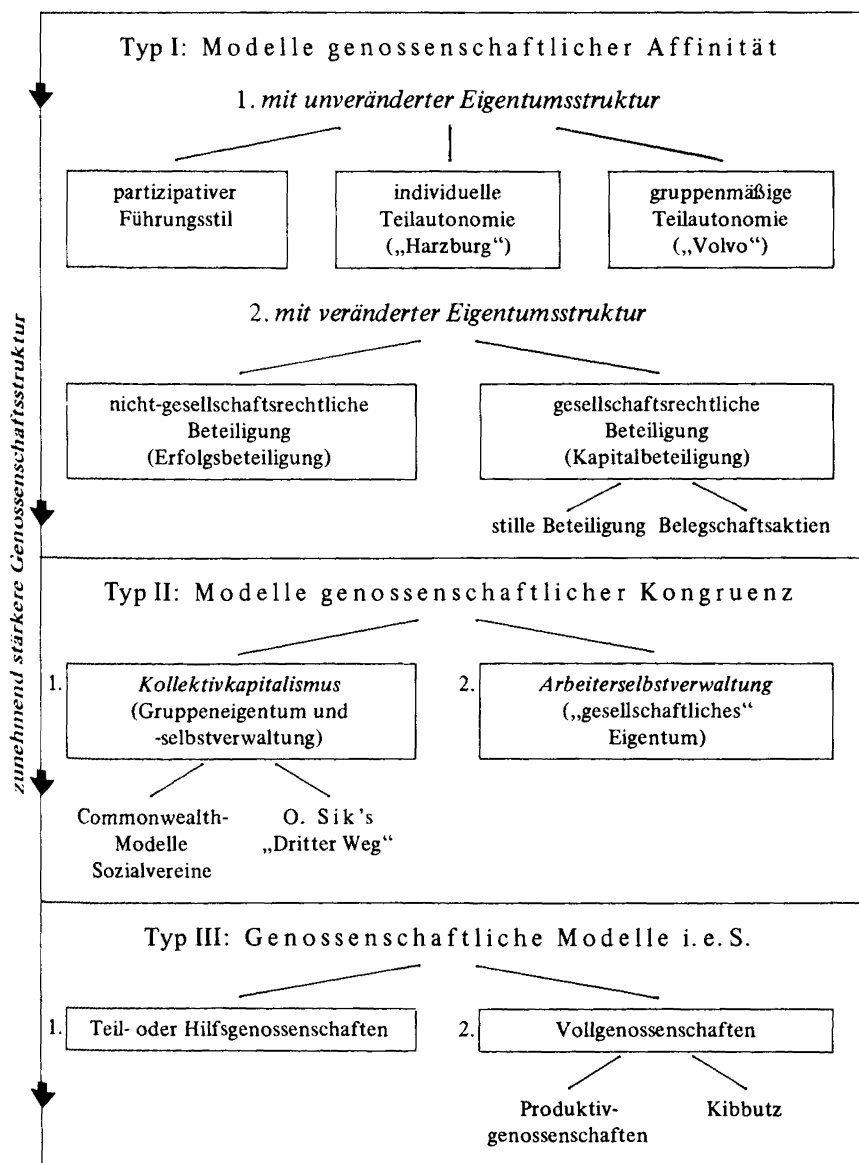
1. Die Suche nach Möglichkeiten der Basis-Partizipation

Die bisherige Mitbestimmungsdebatte wurde weitgehend um die paritätische Besetzung der Kontrollorgane geführt. Fälschlich wurde der Eindruck erweckt, als stünde nur die repräsentative Mitbestimmung, z. T. externer gewerkschaftlicher Interessenvertreter oder ein patriarchalischer „Herr-im-Haus“-Standpunkt der Unternehmer zur Wahl. Übersehen wurde meist, daß ein, wenn nicht der wirksame Ansatz zur Beseitigung individueller Selbstentfremdung im Betriebsschehen und zur Gewinnung gemeinsamer Selbstverantwortung darin besteht, eben bei der Belegschaft selbst anzusetzen. Das durch Umfragen laufend nachgewiesene Desinteresse der meisten an „Eliten-Partizipation“ und Mitbestimmung

²⁸ Behrendt, R. F.: Aktuelle Fragen menschlichen Gesellschaftslebens. In: Gestaltungen sozialen Lebens bei Tier und Mensch, Bern 1958, S. 280 ff.; ders.: Der Mensch im Licht der Soziologie, Stuttgart 1962, 4. A., S. 143 ff. und S. 157 f. Ähnlich schon früher Warbasse, J. P.: The Co-operative Way. A Method of World Reconstruction, Chicago-New York 1946, S. 169 ff.

²⁹ Backhaus, J.: 10 Thesen zur Theorie partizipativer Unternehmungen. In: ders. et. al. (Hrsg.): Partizipation in Betrieb und Gesellschaft, Frankfurt/New York 1978, S. 75 ff. Sauer mann, H.: Die Genossenschaft ist auch nur ein Club; ebenda, S. 87 ff.; Vronne, J.: The General Theory of Labour-Managed Market Economics. Ithaca/NY 1971.

Typologie genossenschaftlicher Basis-Partizipation*



* Innerhalb der Untergruppen läßt sich das Kontinuum nicht lückenlos durchhalten; dies wird optisch durch Gleichordnung der Kästchen dargestellt.

„von oben“, hat jedoch vereinzelt zu intensiven theoretischen und praktischen Bemühungen geführt, die Gestaltungsspielräume möglichst weit „unten“, auf der Ebene der für den einzelnen direkt erlebbaren und primär relevanten „betrieblichen Vitalsituation“ zu eröffnen. Man denke nur an die Wiedererweckung des Konzepts der „direkten Demokratie“ im Betrieb, an das wachsende Interesse an Selbstverwaltungsversuchen, an (teil-)autonome Arbeitsgruppen etc.³⁰. Solche Versuche stellen sich gegen die übliche hierarchische Herrschaftsordnung des Betriebes. Vielmehr sollen alle Mitglieder mittels breiter Teilnahmegelegenheiten tendenziell nicht mehr Entscheidungs- „Unterworfenen“, sondern gleichgeordnete „Genossen“³¹ sein (oder werden).

Soziologisch gesprochen sind diese Modelle der „Basis-Partizipation“ – nach unseren bisherigen Überlegungen – „genossenschaftlich“ zu nennen, weil sie betriebliche Sozialstrukturen entwerfen, die darauf ausgerichtet sind, Herrschaftsfaktoren jeglicher Art unter Kontrolle zu halten. Das Genossenschaftskriterium trifft nicht erst bei völliger Selbstverwaltung zu, sondern ist schon dann gegeben, wenn das Übergewicht der herrschaftlichen Grundform durch genossenschaftliche Strukturveränderungen in der Tendenz geschwächt, umgebogen und eingegrenzt wird. In der empirischen Wirklichkeit kommt es dabei meist zu Mischformen, die je nach ihrer relativen Lage auf dem Herrschafts-Genossenschaftskontinuum als genossenschaftsähnliche, genossenschaftskongruente und genossenschaftliche Modelle i. e. S. bezeichnet werden können³².

Modelle genossenschaftlicher Affinität (z. B. Partnerschaftsmodelle) sind sich ihrer Annäherung an das genossenschaftliche Vorbild überwiegend nicht bewusst. Zudem übernehmen sie nur Teilaspekte der Genossenschaftsstruktur. Modelle genossenschaftlicher Kongruenz hingegen nennen sich oft selbst offen „genossenschaftlich“ (z. B. Commonwealth Schemes). Manchmal finden sich auch nur sporadische Hinweise auf das Paradigma der Genossenschaft (z. B. Arbeiterselbstverwaltung). Jeweils verbieten es aber juristische oder politische Umstände, sich voll der rechtlichen Genossenschaftsform zu bedienen.

Durch diese Betrachtungsweise ergibt sich eine neuartige Typologie der Ansätze zur Unternehmensreform, je nachdem, wie stark sie sich der Genossenschaftsstruktur annähern (vgl. Grafik S. 285).

2. Genossenschaften als Modell partizipativer Unternehmensstrukturen

Die gewählte Typologie läßt genossenschaftliche Unternehmensformen i. e. S. als Modellversuche wirtschaftlicher Partizipation schlechthin erscheinen.

³⁰ Vgl. die verschiedenen Arbeiten von F. Vilmar, wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Frankfurt 1971, Menschenwürde im Betrieb, Bd. I, Hamburg 1973, und Industrielle Demokratie in Westeuropa: Menschenwürde im Betrieb II, Hamburg 1975.

³¹ Dabei hat die politische Konnotation und Prägung des Begriffs „Genosse“ sicher einen wesentlichen Beitrag zum bisherigen Widerstand gegen diese Versuche beigetragen.

³² Eine genaue Charakterisierung des „Genossenschaftlichen“ an diesen Modellen kann hier aus Raumgründen nicht gegeben werden. Vgl. dazu meine Schrift, Hettlage, R.: Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion, Frankfurt 1979, S. 99 ff.

Dafür spricht einerseits der Grundauftrag der „fördernden Betriebswirtschaft“³³, der die persönliche Kooperation und Solidarität (mutual aid) zur tragenden Säule dieser Wirtschaftsform macht. Das Förderungsziel umfaßt aber nicht nur die wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder, sondern auch eine bestimmte Art der „soziotypen“ Entscheidungsfindung und Sozialbeziehung. Wirtschaftliche Kooperation wird genossenschaftlich u. a. durch den ideellen „Überbau“ der genossenschaftlichen Demokratie („one man, one vote“)³⁴, d. h. durch das Bemühen, das Gewicht der Willensbildung möglichst weit „nach unten“ an die Basis zu verlagern und jedem Mitglied ein großes Maß an aktiver Entscheidungsbefugnis zuzugestehen („Personalprinzip“)³⁵.

Zum anderen sind Genossenschaftsunternehmen auch die historisch frühesten Versuche, dieses soziale Konzept ökonomisch und juristisch zu fassen. Mit Recht nennt Weippert sie deswegen die „Urform einer verwirklichtbaren Demokratie“ im Wirtschaftsleben³⁶. Ihre weit über 100jährige Erfahrung mit dem demokratischen Prinzip zeichnet sie vor allen anderen Betriebsformen aus³⁷.

Im Hintergrund steht wiederum die soziologische Abgrenzung gegenüber betrieblichen Herrschaftsstrukturen: Gruppeneigentum und gruppenmäßige Willensbildung (besonders in Primärgenossenschaften) sollen einen Sozialverband entstehen lassen, dessen Mitglieder weder durch kapitalmäßige noch durch positionsbedingte Übergewichte Einzelner zu „Untertanen“ bestimmter Herrschaftsträger werden. Die Tatsache, daß die „Basis“ das Betriebsgeschehen weitgehend selbst kontrollieren soll, weist darauf hin, daß Genossenschaften tendenziell auf Selbstverwaltung angelegt sind³⁸.

3. Genossenschaften und die Empirie partizipativer Unternehmen

Die Gefahr, bei einem solchen idealtypischen Konstruktionsmuster von Betriebsolidarität stehen zu bleiben, ist groß. Leider ist die klassische Genossenschaftsliteratur selbst über weite Strecken davon geprägt, ohne daß das zwangsläufig so sein müßte. Genossenschaften und verwandte Modelle bieten nämlich hinreichendes empirisches Anschauungsmaterial, um die Genossenschaftssoziologie vom Kopf auf die Füße stellen zu können.

³³ Henzler, R.: Der genossenschaftliche Grundauftrag: Förderung der Mitglieder, Frankfurt 1970, S. 90 und S. 198.

³⁴ Cole, G. D. H.: A Century of Co-operation, Manchester 1944, S. 64 und S. 74; eberso: Faucherre, H.: 60 Years International Co-operative Alliance 1895–1955, Basel/London 1960, S. 213 ff. und S. 300 ff.; ähnlich: Ziegenfuss, W.: Die Genossenschaften, Berlin 1948, S. 116.

³⁵ Weippert, G.: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Düsseldorf 1964, S. 33 f.

³⁶ Ders.: Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft. In: ZfgG Bd. 1 (1950), S. 15.

³⁷ Das wird neuerdings von den Genossenschaften selbst als Werbeargument verwendet. Vgl. Deutsche Zeitung, 19. 3. 1974, S. 4.

³⁸ Weippert, G.: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, op.cit., S. 33 f.

Tatsächlich gibt das heutige Erfahrungsbild keinen Anlaß zu Partizipations-„Lyrik“. Die Betrachtung zweier – keineswegs nur genossenschaftstypischer – Teilnahmeharrieren kann das nur bestätigen³⁹:

a) Interne Partizipationsbarrieren: Kompetenzverteilung und Elitebildung

Ein Blick auf die in den verschiedenen Modellen genossenschaftlicher Basis-Partizipation gemachten Erfahrungen zeigt, daß ‚Kollektivkapitalismus‘ und strukturelle Gleichverteilung betrieblicher Dispositionsrechte Kompetenzdifferenzierungen keineswegs aufheben. Ungleich verteilt ist beileibe nicht nur die allgemeine Handlungskompetenz (Ansprechbarkeit, Verantwortungsbereitschaft, Empathie, Engagement, Artikulationsfähigkeit u. a. m.). Eine noch stärkere Selektionswirkung geht meist von den Spezialkompetenzen (wirtschaftstechnisches und juristisches Wissen, praktische Erfahrung) aus. Zwar ist daraus mit Recht zu folgern, daß das Genossenschaftsmanagement besondere Anstrengungen unternehmen muß, um das Informations- und Ausbildungsniveau zu heben. Dennoch ist vorauszusehen, daß auf absehbare Perspektiven hinaus es oft die entscheidenden Bereiche sind, in denen infolge von Qualifikationsunterschieden „die Repräsentation ... der Interessen durch Funktionäre die einzige und bestmögliche Lösung ist“⁴⁰, um ordentliche Geschäftsführung und ökonomisches Förderungsziel der Genossenschaften nicht zu gefährden.

Sachkomplexität und Entscheidungsrisiko können sogar erheblich zur Abwehr von Partizipationsangeboten beitragen. Verantwortungsrückdelegation „nach oben“ ist nicht selten ein willkommener Entlastungsmechanismus, um Überforderung und sogar Entfremdung durch partizipative Entscheidungsstrukturen aufzuheben⁴¹. Die sogenannte Relevanztheorie der Partizipation hat deutlich gemacht, daß keineswegs auf allen Ebenen und in allen Belangen der Unternehmungen mit einem grenzenlosen Informations-, Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungswillen zu rechnen ist⁴².

Damit sind aber in der Praxis genossenschaftstypischer Partizipationsmodelle entscheidende Weichen gestellt. Wohl verstehen sie sich theoretisch als Alternative zur Herrschaft von Verwaltungs- und Entscheidungshierarchien, doch bilden sich auch bei ihnen fast „sachzwangartig“ technisch-administrative Wissenseliten und folglich Machtungleichgewichte aus – und zwar unabhängig von der Form des Produktionsmitteleigentums. Der enge Kreis der „Fachgeschultheit“ führt zu quasi-monopolistischen Funktionsvorsprüngen der Leitungsspitze (und ihrer

³⁹ Für einen ausführlichen, systematischen Überblick vgl. mein Buch, Hettlage, R.: Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion, op.cit., S. 255–344.

⁴⁰ Fürstenberg, F.: Die Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betrieb. In: Vorgänge 13 (1974), 2, S. 99.

⁴¹ Künzli, A.: Selbstverwaltung im Ghetto. In: Praxis. Revue Philosophique. 4 (1968): 1–2, S. 92.

⁴² Vgl. French, J. R. P. u. a.: Ein Experiment über die Beteiligung in einer norwegischen Fabrik. In: Irle, M. (Hrsg.): Texte zur experimentellen Sozialpsychologie, Neuwied Berlin 1969, S. 487 ff.

„Technostruktur“). Da kann eine Bipolarität zwischen Führung und Basis bzw. eine hierarchische Festschreibung von Über- und Unterordnung kaum ausbleiben. Wie Mulders Theorem richtig besagt, wird ungleiche Expertenmacht unter partizipativen Strukturen keineswegs „demokratisiert“, sondern ganz dysfunktional laufend weiter differenziert⁴³. Kein Wunder also, daß die Genossenschaften ständig dabei sind, ihre „drei Selbst“ (Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung) zu delegieren⁴⁴.

b) Externe Partizipationsbarrieren: Marktverflechtung und Entscheidungsdruck

Zeit ist eine knappe Ressource. Gerade Wirtschaftsbetriebe sind dem Zwang zur Entscheidungsökonomie unterworfen. Darin liegt ein „dezisionistisches“ Element⁴⁵, das der zeitaufwendigen genossenschaftlich-demokratischen Entscheidungsfindung tendenziell entgegensteht. Gesteigerte Wettbewerbsintensität, zu der ja auch die Genossenschaften beitragen wollen, verbietet deswegen den betriebsinternen „permanenten Diskurs“ extensiver Differenzbereinigerungsverfahren⁴⁶. Am ehesten vorstellbar wäre so etwas noch beim betrieblichen „Gemeinschaftstypus“, d. h. einer Betriebsgröße, die „distanzschwache“ Mitgliederverflechtung, intensive persönliche Interaktion und hohe Transparenz der Entscheidungsgrundlagen erlaubt. Auf ihn hatte sich die traditionelle Genossenschaftssoziologie gestützt.

Heute steht das Genossenschaftswesen jedoch nicht mehr unter dem „Gesetz der kleinen Zahl“⁴⁷, sondern hat sich in seinen Größenordnungen, Entscheidungsbedingungen und Sozialbeziehungen meist grundlegend gewandelt. Nicht unbedingt zum eigenen Vorteil sind aus Genossenschaften Sekundärgruppen mit distanzbetonter und sachdominanter Interaktion geworden. Beinahe gesetzmäßig ist darin der Trend zur Bipolarität zwischen genossenschaftlichem Führungskern und Basis inbegriffen. Das Management sucht seine Legitimation nicht mehr in einer primärgruppenorientierten „Dienstgesinnung“⁴⁸, sondern immer stärker allein im Markterfolg. Es ist deswegen auch vorrangig an einer schlagkräftigen Lei-

⁴³ Mulder, M.: Power Equalization Through Participation? In: Admin. Sc. Quart. 16 (1971), 1, S. 31 ff.

⁴⁴ Schachtschabel, H. G.: Genossenschaften (III). In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 4, Stuttgart 1964, S. 381.

⁴⁵ Vgl. Lübke, H.: Theorie und Entscheidung. Studien zum Primat der praktischen Vernunft, Freiburg 1971, S. 19 ff.

⁴⁶ Dies schwebt J. Habermas zur Rekonstruktion eines repressionsfreien Gesellschaftslebens vor. Siehe „Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz“. In: Habermas, J./Luhmann, N.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Frankfurt 1971, S. 101 ff. Dazu meine Kritik, Hettlage, R.: Die argumentative Auflösung des Interesses. Eine kritische Würdigung des Habermas'schen Kommunikationsmodells der Gesellschaft. In: Politische Studien 22 (1981) Jan./Febr., S. 25–40.

⁴⁷ Totomianz, V.: Postulats et conséquences sociologiques des organisations coopératives. In: Revue des Etudes Coopératives 31 (1959), 115, S. 23 ff.

⁴⁸ Seraphim, H.-J.: Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaften erfassen? In: ZfG Bd. 8 (1958), S. 56 ff.

tung mit Selbstständigkeitsanspruch interessiert. Nimmt man noch hinzu, daß sich auch die Genossenschaftsmitglieder selbst der dominanten Erwerbshaltung ihrer sozialen Umwelt angeglichen haben, so daß sich rein ökonomische Förderungsziele zu Ungunsten der sozialen und partizipativen in den Vordergrund schieben, dann bestätigt das nur Sahlins' Behauptung, kooperative Gebilde würden im Moment, da sie sich Marktbeziehungen aussetzten, Wesentliches von ihrer egalitären Substanz verlieren⁴⁹.

IV. Der Beitrag der Genossenschaften zur Demokratisierungsdebatte

Aus den bisherigen Genossenschaftserfahrungen drängt sich scheinbar der Schluß auf, daß sich im modernen Wirtschaftsleben kaum Betriebsstrukturen durchsetzen lassen, die vom Standpunkt der Soziologie das Charakteristikum „genossenschaftlich“ verdienen. Sollte Weber also Recht behalten, daß unter modernen Verhältnissen kein genossenschaftssoziologischer, sondern nur ein herrschaftssoziologischer Ansatz zu rechtfertigen ist, und daß die „Minimierung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“ keine dauerhafte Geltungschance besitzt⁵⁰?

a) Wirtschaftsdemokratische Transformationserfahrungen

In der Tat hat Weber die Faktizität und Unausweichlichkeit von Elitenbildung in der modernen Gesellschaft richtig eingeschätzt. Die Erfahrungen mit genossenschaftlichen und genossenschaftsanalogen Unternehmensformen – angefangen von den Produktivgenossenschaften und dem Kibbutz über die Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens, die Hilfsgenossenschaften und Commonwealth Schemes bis hin zu den Partnerschaftsmodellen (von der Parteiendemokratie im politischen Feld ganz zu schweigen) – konvergieren zumindest darin, daß die direkte Wirtschaftsdemokratie, mindestens von einer gewissen Größenordnung an, beinahe zwangsläufig in verdünnte, weniger direkte Entscheidungsbefugnisse der Basis umschlägt. Die generelle Geltung des Oppenheimschen Transformationsgesetzes⁵¹ wurde in der Mitbestimmungsdebatte bisher übersehen: Der Sprung in die direkte Demokratie kann Teilnahmeharrieren nicht abbauen. Damit liefern die Genossenschaften und deren Analoga genau den Gegenbeweis für das Argument der „normativen“ Demokratietheoretiker⁵² – die volle Teilnahme

⁴⁹ Sahlins, M. D.: Political Power and the Economy in Primitive Society. In: Dole, G. E. / Carneiro, R. L.: Essays in the Science of Culture, New York 1960, S. 410 ff.

⁵⁰ Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, op.cit., S. 157; ders.: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1971, 3. A., S. 544. Zur kritischen Auseinandersetzung damit vgl. Mommesen, W.: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt 1974, S. 44 ff.

⁵¹ Oppenheimer, F.: Die Siedlungsgenossenschaft, Leipzig 1896, S. 117 und S. 126 f. Sein „Gesetz“ bezog sich nur auf die Retransformation der Produktivgenossenschaften.

⁵² Habermas, J.: Zum Begriff der politischen Beteiligung. In: ders.: Kultur und Kritik, Frankfurt 1973, S. 9–60.

aller an wirtschaftlichen Entscheidungen bzw. der partizipative „Lebensstil“ müsse zur Vorbedingung und zum Lernfeld politischer Demokratie gemacht werden! Wollte man nämlich darauf warten, bis auf wirtschaftlichem Gebiet alle Hindernisse ausgeräumt sind, so müßte man das Postulat politischer Demokratie auf eine ferne Zukunft vertagen.

Direkte Demokratie und reine Gruppenselbstverwaltung sind (vorerst) offenbar auf kleine Arbeitsgruppen mit wenig komplexen, routinären Arbeitsbereichen beschränkt. Unter anderen Bedingungen bilden sich erfahrungsgemäß Entscheidungsstrukturen heraus, die eher Schumpeters „elitäre“ Demokratiekonzeption zu stützen scheinen⁵³. Und dieses enttäuschende Faktum hat nicht wenig zur Legitimationskrise der Genossenschaften und Verunsicherung ihrer Mitglieder beigetragen. Es mag auch einer der Gründe sein, warum sich die Genossenschaftstheoretiker so wenig an der Mitbestimmungsdiskussion beteiligt haben. Dabei wäre gerade ihre Erfahrung hier unerlässlich gewesen, um die realitätsangepaßten Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung bestimmen zu können.

Auf der anderen Seite verdeutlichen die Genossenschaften, daß mit der strukturellen Beseitigung des Gegensatzes von Arbeit und Kapital weder Entfremdung noch Konflikte aus der Welt geschafft sind. Auch unter prinzipiell Gleichgestellten können sich gravierende („echte“) Konflikte um die Verteilung der Einkommen, der Arbeitslasten etc. einstellen und zu wirklichen Antagonismen führen. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ist weder der einzige noch der einzig mögliche. Unter egalitären Strukturen bauen sich nur andere Konfliktfronten auf, die in ihrer antagonistischen Schärfe nicht zu unterschätzen sind.

Der wichtigste Konflikt dürfte derjenige zwischen Arbeit und dem Faktor Disposition sein, zumal dann, wenn sich die rein formale Genossenschaft mit ihrer Machtdelegation nach unten in komplexen Produktionsunternehmen als „administrative Unmöglichkeit“⁵⁴ erweist und aus Gründen der Praktikabilität eine (vielleicht widerwillige) Rückdelegation der Macht an eine zentrale Verwaltung mit allen Folgen der „Kopflastigkeit“, Kontrollverschiebung, Kommunikationsasymmetrie und faktischen Herrschaftszementierung erzwingt. Tatsächlich hat Burnham richtig gesehen, als er seine Prophezeiung von der „Revolution der Manager“ nicht nur auf die kapitalistischen Unternehmungen beschränkt wissen wollte⁵⁵. Eine ausschließlich theoretische Erwägung zur Wirtschaftsdemokratie kann aber über solche Tendenzen kaum Auskunft geben. Dazu braucht es schon langjährige praktische Erfahrungen, wie sie u. a. die Genossenschaften liefern können.

⁵³ Schumpeter, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1972, 3. A., S. 383–385 und S. 427–433.

⁵⁴ Yunker, J. A.: Ein Überblick über marktsozialistische Formen. In: Annalen der Gemeinwirtschaft, 44 (1975), 2, S. 166.

⁵⁵ Burnham, J.: The Managerial Revolution. New York 1945, deutsch: Die Revolution der Manager. Wien 1949, S. 123. Hier spricht er von der neuen Gruppe des „eigentumslosen“ Patriziats, die sich von der Basis in Anspruch und Lebensstil deutlich abhebt.

Demokratische Strukturen sind ‚nur‘ ein Potential, damit „self-government“ funktionieren kann, sie bieten aber keine Gewähr dafür, daß sich nicht doch wiederum Nischen der Herrschaftsausübung herausbilden, bzw. daß partizipative Gebilde nicht gesamthaft in Herrschaftsverbände umschlagen. Denn bekanntlich ist „die Aufrechterhaltung demokratischer Prozesse ... eine wesentlich schwierigere Aufgabe, als die Strukturen aufrechtzuerhalten und über die Werte zu reden, die einer Demokratie inhärent sind“⁵⁶. Partizipation und Selbstverwaltung sind Strategien zur Veränderung des Problemlösungspotentials von Organisationen. Das dazu notwendige Lernen von geänderten Verhaltenserwartungen und Handlungsmustern muß selbst handlungsorientiert gesteuert werden. In diesem Bereich der Organisationsanalyse und Organisationsentwicklung⁵⁷ hätte die genossenschaftssoziologische Forschung eine durchaus (fremd- und selbst-), „kritische“ Funktion, die sie bis heute jedoch noch nicht wahrnimmt.

b) Neubestimmung von Partizipationsmöglichkeiten

Wenn also die Genossenschaften selbst so große Mühe mit der soziotypen Betriebsstruktur haben, wie sollte man sich da einen wesentlichen, weiterführenden Impuls für die allgemeine Unternehmensreform („Vergenossenschaftlichung“) erwarten können?

Ganz folgerichtig mutet es daher auch an, wenn sich heute mancher Genossenschaftstheoretiker und -praktiker von einem ökonomistisch-utilitaristischen Kooperationsverständnis mehr Einsicht in die Zusammenhänge verspricht. Genossenschaften wären demnach nicht mehr primär Ausdruck besonderer, horizontaler Sozialbeziehungen, sondern nur noch das in eine juristische Sonderform gekleidete Ergebnis eines individualistischen Interessen- und Machtkalküls aller. Jedes Solidarverhalten wird damit seiner wertmäßigen, institutionell-identifikatorischen und emotionalen Bindungskomponente entkleidet. Da die Konsensfindung sich selbstverwaltender, gleichberechtigter Genossen den Konflikt über Interessen- und Kompetenzunterschiede auf Dauer nicht aushalten könne, wird erneut beim Eigennutzverhalten des klassischen homo oeconomicus Zuflucht gesucht. Der überwiegend wertrationale, solidarische „Gesinnungsverein“ scheidet dem ökonomisch rationalen, einfluß- und partizipationsdifferenzierten „Zweck-

⁵⁶ Craig, J. G.: Demokratische Kontrolle in Versicherungsgenossenschaften. In: *Anzahl der Gemeinwirtschaft*, 44 (1975), 2, S. 223.

⁵⁷ Vgl. dazu Sievers, B.: Organisationsentwicklung als Problem. In: ders. (Hrsg.): *Organisationsentwicklung als Problem*, Stuttgart 1977, S. 10–31; Johns, E. A.: *The Sociology of Organizational Change*, Oxford/New York 1973, Kap. 6, S. 86 ff.; Sievers, B.: Organisationsentwicklung als Aktionsforschung. In: *Zeitschrift für Organisation* 4 (1978), S. 209–218.

⁵⁸ Vgl. dazu Boettcher, E.: *Kooperation und Demokratie in der Wirtschaft*. Tübingen 1974, S. 124 ff. und Eschenburg, R.: *Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit*. Tübingen 1971; ders.: *Genossenschaft und Demokratie*. In: *ZfO* Bd. 22 (1972), S. 132 ff.

verein“ theoretisch wie praktisch unterlegen zu sein. Hatte nicht schon Weber dies als notwendige Folge der Moderne vorausgesehen⁵⁹?

Und doch: die Transformationstendenzen genossenschaftlicher Demokratie anzuerkennen, bedeutet nicht, daß man sich nun ganz den gesteigerten Einflußchancen der Herrschenden verschreiben muß⁶⁰. Partizipative Strukturen stellen immerhin Auftrag und Schutz zugleich dar. Denn es ist schon etwas gänzlich anderes, ob eine Organisation unter dem Postulat des Herrschaftsabbaus steht und sich im Rahmen der Möglichkeiten daran messen lassen muß, oder ob man ohne weiteres auf die bestmögliche Herrschaftssicherung abstellen kann. Die jüngst beim Migros-Genossenschaftsbund in Zürich in Gang gekommene Mitgliederinitiative für eine stärkere Demokratisierung („M-Frühling“) zeigt dies z. B. mit aller Deutlichkeit⁶¹: wer unter dem entsprechenden unternehmensrechtlichen Druck steht, kann sich einer dauernden Neubesinnung auf mögliche Teilnahmegelegenheiten nicht entziehen. Hier fällt der genossenschaftssoziologischen Forschung eine weitere, gestalterische Aufgabe zu:

(1) Genossenschaftliche Gleichordnung als Gegenstück zur herrschaftlichen Hierarchie muß sich keineswegs zwangsläufig am Idealbild der Herrschaftsfreiheit orientieren. Daran gemessen wäre jeder genossenschaftliche Ansatz wirklich utopisch. Herrschaftsfreiheit ist zwar denkbar – und Hartmann hat sie für das Konzept der „funktionalen Autorität“⁶² nachgewiesen –, praktisch sagt das aber nichts über die Wahrscheinlichkeit ständig neu auftretender Herrschaftschancen aus. Machtungleichgewichte sind zu amorph, um wirksam ausgeschaltet werden zu können. Sie können sich jeweils unschwer zu Herrschaft institutionalisieren. Insofern hat Habermas schon Recht, wenn er seinen „herrschaftsfreien Diskurs“ aller Teilnehmer an eine ideale, „kontrafaktische“ Kommunikationssituation bindet⁶³. Reale Wirtschaftsdemokratie kann folglich so nicht aufgebaut werden. Die Genossenschaftspraxis unterstreicht nur, daß Herrschaftsfreiheit der sozialen Existenz nicht zu erzielen ist, selbst dann nicht, wenn die Gruppenmitglieder formal gleichgeordnet sind.

(2) Wer allerdings von einem allzu hohen normativen Demokratieanspruch heruntersteigt, der kann sehen, daß dieselben Genossenschaftserfahrungen auch auf institutionelle Möglichkeiten von Herrschaftsbegrenzung verweisen, nämlich überall da, wo ein dauerhafter Legitimationszwang besteht und die Herrschaftsausübung in ihren Bedingungen somit verändert wird: Wenn die Rechtslage dazu

⁵⁹ Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. I, § 9.

⁶⁰ Sich von den Herrschaftsunterworfenen abgewendet zu haben, ist W. Mommsens Vorwurf an M. Weber; vgl. sein Buch: *Max Weber: Gesellschaft, Politik und Geschichte*, op.cit., S. 69.

⁶¹ Näheres findet sich in der ersten Ausgabe der Zeitung des Vereins „M-Frühling“ für eine demokratische Migros vom 11. Februar 1980.

⁶² Hartmann, H.: *Funktionale Autorität*, Stuttgart 1964, S. 55 ff.

⁶³ Habermas, J.: *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*. In: Habermas, J. / Luhmann, N.: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, op.cit., S. 140 f.

zwingt, den Konsens mit der Basis zu suchen, ist das in der Tendenz auf Herrschaftsminderung ausgerichtet. Demokratische Legitimation zum Schutz gegen positionelle Übermacht ist aber gerade das typisch „Genossenschaftliche“ einer sozialen Beziehung oder Institution. „Führung“ bleibt mit diesem Anspruch vereinbar, sofern der Führer grundsätzlich „der Beamte der Genossen“ bleibt, „von ihnen nur zu praktischen Zwecken berufen, nur so lange beamtet, wie die praktische Notwendigkeit besteht, (und) ... vor allem absetzbar, sobald er ihr Vertrauen nicht mehr genießt“⁶⁴. Die Unterordnung der Genossen unter die gemeinsame Sache nimmt die Form einer – keinesfalls spannungsfrei zu denkenden – „Gefolgschaft“, nicht aber die der „Untertänigkeit“ an. Der soziologische Unterschied zum „Herrscher“ ist klar: Seine durch hierarchische Überordnung abgesicherte Positionsmacht und sein verbindliches Sanktionsrecht heben ihn über die Rolle eines „primus inter pares“ hinaus. Insofern hat Webers Plädoyer für ein „cäsaristisches“, charismatisches „Führertum“ keinen genossenschaftlichen, sondern einen herrschaftlichen Einschlag⁶⁵.

(3) Mag auch die reine, direkt-demokratische Genossenschaftskonzeption nicht praktikabel sein, der genossenschaftliche Auftrag zur Herrschaftsminimierung erschöpft sich nicht allein im Delegationsverfahren. Im genossenschaftlichen Förderungsprinzip liegt auch begründet, die Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu stärken. Liegt die Chance zur „Vergenossenschaftlichung“ nicht auf der Entscheidungsebene selbst, dann wenigstens bei der Kontrolle der Entscheidungsträger. Hier dürfte augenblicklich die eigentliche Substanz betrieblicher Neuordnung nach soziotypem, genossenschaftlichem Muster liegen. Der Möglichkeiten gibt es viele, und sie sind keineswegs alle ausgeschöpft, wie sich an der Ausgestaltung des Berichtswesens, der Informationspflichten, der Betriebspädagogik, partizipativen Führungsmethoden, Teilautonomisierungen u. a. m. unschwer ablesen läßt. Sind die Genossenschaften hier eher dem allgemeinen Trend gefolgt, oder haben sie wirklich Schrittmacherdienste der „Vergenossenschaftlichung“ bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern geleistet?

Eine systematische Selbstbesinnung auf die sozialen Bedingungen dauerhafter Kooperation würde wahrscheinlich beweisen, daß die Ökonomisierung der Genossenschaften (in Theorie und Praxis) nicht wenig dazu beiträgt, ihr eigenes Anspruchsniveau zu begrenzen und dem jeweiligen Stand der Konkurrenz anzupassen. Wer schon theoretisch nur noch „contract-teams“⁶⁶ kennt, muß sich vielleicht über die Verdrängung genossenschaftlicher Praxis nicht wundern.

⁶⁴ Oppenheimer, F.: System der Soziologie, Bd. I, Jena 1923, S. 370; ebenso: Geiger, Th.: Führung. In: Vierkandt, A. (Hrsg.): Handwörterbuch der Soziologie. op.cit., S. 137 ff.

⁶⁵ So auch der Vorwurf von Mommsen, W.: op.cit., S. 49.

⁶⁶ Bailey, F. G.: Strategems and Spoils, Oxford 1969, S. 82 bzw. S. 75. Daß unter solchen „exchange“-Bedingungen Genossenschaften ihren soziologischen Anspruch nicht erfüllen, konnten wir kürzlich am sizilianischen Genossenschaftswesen demonstrieren; siehe Giordano, Chr. / Hettlage, R.: Persistenz im Wandel. Das Mobilisierungspotential sizilianischer Genossenschaften. Eine Fallstudie zur Entwicklungsproblematik, Tübingen 1979.

*Robert Hettlage: Cooperative Sociology.
A Repressed Attempt of Economic Sociologic Research*

Summary: Normally, the cooperative association constitutes not a topic for sociology, sociology being a fringe area of cooperative research. With this treatise the author makes an attempt to show that cooperative sociology could not only be a topic for economic sociology which could enrich latter by essential points of view, but that traditionally such a connection line did exist which, however, had been cut off. The reasons for that probably can be seen in the fact that Weber's thesis of sociological supremacy became the predominant research paradigm of the economic and industrial sociology, in which there was no place for the contrast term "cooperative association". This development was not beneficial to the socio-economic way of consideration, since the entire area of the basis participation, which today is so intensively discussed, could not be summarized in an appropriate term. If one could find one's way back to the old theory to consider the cooperative association as "original form of democracy which can be transformed into reality" (Weipert) then one would be able to also recognize its model character today for all participation structures of enterprises. This would entail the considerable advantage that the empiric material of cooperative nature with economic democracy could be incorporated into the discussions. At the same time this would have the "side effect", which is not inconsiderable, that this empiric material would have to be scientifically sorted and grouped into systems. We think in particular of the specific cooperative experience, but also of the particular participation barriers. Thus one could expect quite a number of things when it will be attempted to render the debate objective.

*Robert Hettlage: Sociologie des coopératives.
Une évaluation supprimée de la recherche socio-économique*

Résumé: Normalement la coopérative n'est pas un sujet de la sociologie, la sociologie étant un domaine périphérique de la recherche coopérative. Cet article veut essayer de démontrer, que la sociologie coopérative non seulement pouvait être un sujet de la socio-économie, qui voudrait enrichir celle-ci par des points de vue essentiels, mais qu'il y avait traditionnellement une ligne de communication, qui, cependant, avait été rompue. La raison est probablement le fait, que la thèse de Weber concernant la sociologie de domination, est devenue le paradigme prépondérant de la sociologie économique et industrielle, où le terme de contraste "coopérative" ne pouvait pas trouver une place. Ce développement n'était pas justement utile pour la façon d'envisager l'économie sociologique, parce qu'on n'arrivait pas à trouver un terme approprié pour le domaine entier de la participation de base, qui aujourd'hui est discutée avec intensité. Si l'on pouvait retrouver la vieille idée, que la coopérative est à considérer en tant que "forme primitive de démocratie réalisable" (Weipert), on serait en mesure de s'avérer aujourd'hui de son caractère modèle pour toute structure d'entreprise de participation. Cela apporterait l'avantage considérable de pouvoir incorporer dans la discussion le matériel empirique d'expérience de la nature coopérative avec la démocratie économique, ce matériel existant déjà depuis beaucoup de décennies. En même temps il y aurait "l'effet secondaire" non négligeable pour le système coopératif, c'est-à-dire ce matériel serait à examiner et à systématiser d'une manière scientifique. Nous y pensons surtout aux expériences de coopération spécifiques, mais aussi aux barrières de coopération. Ainsi on pourrait s'attendre à quelque chose si l'on essaie de rendre objectif le débat de démocratisation.